

**Zürich**

Tages-Anzeiger vom 03.10.2005

**Berufsschulen in heller Aufregung**

**Bildungsdirektorin Aeppli hat angekündigt, der Kanton werde an die Fremdsprachenkurse für Erwachsene nicht mehr zahlen. Nun bangen die Lehrer an den Berufsschulen um die Jobs.**

Von Daniel Schneebeli

Zürich. - An der EB Zürich, der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung, war am letzten Freitag Krisensitzung. Thema: Wie erklären wir der Bildungsdirektorin, dass unsere Weiterbildungskurse - vor allem Sprachkurse - zum Kerngeschäft der staatlichen Bildung gehören? Ebenfalls um einen Termin bei der Bildungsdirektorin bemüht sich die Schulleiterkonferenz der Berufsschulen. Grund für die Alarmstimmung sind einerseits die mehrfache Ankündigung Regine Aepplis, das Weiterbildungs-Kursangebot zu überprüfen, andererseits der Sparauftrag aus dem Massnahmenplan Haushalt 06, der verlangt, dass die Subventionen für Fremdsprachenkurse für Erwachsene gestrichen werden sollen.

Hans-Peter Hauser, langjähriger Rektor der EB Zürich, sieht für seine Schule gravierende Konsequenzen. Die Preise für die Kurse müssten verdoppelt oder die Fremdsprachenabteilung ganz abgebaut werden. Davon wären in der EB Zürich 58 Lehrerinnen und Lehrer betroffen. In den anderen Berufsschulen erteilen nochmals weit über 100 Lehrkräfte Fremdsprachenkurse für Erwachsene, 60 allein an der KV Zurich Business School.

**Fremdsprachen lernen als Pflicht**

Doch nicht nur die Lehrkräfte würden die Konsequenzen spüren, auch die etwa 8000 Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer, die jedes Jahr die staatlich vergünstigten Sprachkurse besuchen. Viele von ihnen, da ist Hauser sicher, könnten sich die Kurse zu den höheren Tarifen nicht mehr leisten und würden auf die Ausbildung verzichten.

Im Unterschied zu Aeppli ist Hauser der Ansicht, dass Fremdsprachenkurse zur beruflichen Weiterbildung gehörten. «Fremdsprachen spielen in der heutigen Berufswelt eine enorm wichtige Rolle.» Wer sich hier weiterbilde, tue es nicht zum Vergnügen, sondern um seine berufliche Qualifikation à jour zu halten. Gemäss Hauser werden auch in den gewerblichen Berufen immer mehr Fremdsprachenkenntnisse verlangt. Um in Englisch das First Certificate nachzuholen, müssten aber viele vier, fünf oder noch mehr Semester investieren. So muss ein junger Koch womöglich einen Monatslohn zahlen, selbst an der EB Zürich. Wenn er zwei Löhne zahlen müsste, würde er vermutlich auf den Abschluss verzichten.

Laut Hauser ist der Kanton schlecht beraten, die «berufliche Weiterbildung dermassen abzubauen». Im neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetz werde die Weiterbildung nämlich der Grundbildung gleichgestellt.

**Mehr Auflagen als Private**

Verärgert ist Hauser über das Argument, mit den Subventionen für kantonale Kurse

werde der Wettbewerb verzerrt. Seine Schule habe auch Auflagen, die für private Schulen nicht gälten. So muss Hauser seinen Lehrkräften Löhne nach kantonalen Richtlinien zahlen. Für eine Lektion im Fremdsprachenkurs sei dies etwa 85 bis 110 Franken. Private Anbieter, so Hauser, würden teilweise nur halb so viel bezahlen. «Wenn es um die Kosten geht, sind wir die Verzerrten.»

Doch Hauser betont, dass die Vorgaben sinnvoll seien. «Der Staat muss ein Vorbild sein», was die Qualität und die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern angehe.

Hans-Peter Hauser wehrt sich nicht gegen die Sparvorgaben des Kantons, aber: «Wir können die angestrebten 7 Millionen auch sparen, ohne die Fremdsprachenkurse einzustellen.» Bereit ist man an der EB Zürich, das Kursprogramm zu überprüfen. Bei 483 Kursen gebe es selbstverständliche Kurse, die nur bedingt berufliche Weiterbildung seien. Doch Hauser gibt zu bedenken, dass Farbtupfer im Programm immer wieder Leute ansprächen, die sich nie weitergebildet haben und dann Lust auf mehr bekämen.

Und wie soll es nun weitergehen? Hauser ist zuversichtlich, dass Bildungsdirektorin Aeppli das Gespräch mit den Berufsschulrektoren aufnimmt und auf politischer Ebene eine Debatte über die berufliche Weiterbildung geführt wird. Er ist auch überzeugt, dass die EB Zürich kreativ genug ist, um die Bedrohung zur Herausforderung zu machen. Doch einen Kahlschlag in der kantonalen beruflichen Weiterbildung dürfe es nicht geben.